



Heute mit
Teenager-Serie
SO LÄUFT'S
Thema:
Freizeit

SONNABEND, 10. OKTOBER 2015 | 71. JAHRGANG | NR. 236 | EINZELPREIS 1,60 €



Friedensnobelpreis geht nach Tunesien

Oslo. Für ihre gemeinsamen Bemühungen um Demokratie bekommen vier Organisationen in Tunesien den Friedensnobelpreis. Die norwegische Jury vergab die wichtigste Auszeichnung der Welt am Freitag an das Quartett für den nationalen Dialog, das in dem nordafrikanischen Land einen friedlichen politischen Prozess voran gebracht hat: den Gewerkschaftsverband (UGTT), die Menschenrechtsliga (LTDH), den Arbeitgeberverband (UTICA) und die Anwaltskammer. Mit dem Nobelpreis, so die Jury, soll der Demokratisierungsprozess weiter unterstützt werden. Tunesien gilt trotz einiger Rückschläge immer noch als Musterland des Arabischen Frühlings. Die Entscheidung des Nobel-Komitees kam für Beobachter überraschend. Zu den Favoriten hatte dieses Jahr auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen ihres Engagements in der Flüchtlingskrise gehört. **Kommentar Seite 2-Thema Seite 3**



Der Weser-Tower leuchtet zum Welt-Mädchentag an diesem Sonntag in Pink. Das Kinderhilfswerk Plan hat für die neue Farbe am Eingang zur Überseestadt gesorgt. Das gesamte Wochenende über soll der Tower in der Dunkelheit rosa angestrahlt werden. FOTO: KOCH

Regierungschefs stützen Merkel

Ministerpräsidenten-Konferenz in Bremen: Flüchtlingsaufgaben sind zu schaffen

VON WIGBERT GERLING
UND HAUKE HIRSINGER

Bremen. Die Ministerpräsidenten und Bürgermeister der Länder haben sich bei ihrem Treffen in Bremen dafür ausgesprochen, dass die Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Bewerber schneller abgehoben werden können. Sie warben zudem für ein „gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten“, wie Reiner Haseloff (CDU), Regierungschef aus Sachsen-Anhalt, erklärte. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik, so der Bremer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), sei das zentrale Thema der Ministerpräsidentenkonferenz gewesen. Auf der Tagesordnung stand auch der Beschluss über einen neuen Rundfunkstaatsvertrag.

Am Freitag war das Finale des Treffens der Länderchefs, das am Mittwoch in der Hansestadt begonnen hatte. Das Bundesland Bremen hatte den Vorsitz am 1. Oktober turnusmäßig von Brandenburg übernommen. In der Riege der 16 Ministerpräsidenten fehlte Horst Seehofer (CSU). Das wurde damit begründet, dass der bayerische Landtag am Freitag parallel über den Haushalt diskutierte. Das südliche Bundesland, so hieß es, sei jedoch mit einem Bevollmächtigten in Bremen vertreten gewesen. Die Bund-Länder-Financen spielten laut Sieling in Bremen lediglich eine untergeordnete Rolle. Das Thema stehe auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Dezember in Berlin auf der Tagesordnung. Ziel sei es, dass die Länder dort mit einer einheitlichen Position eine Verständigung mit dem Bund erreichten.

Auf der abschließenden Pressekonferenz im Rathaus betonten Sieling und sein Amtskollege Haseloff, dass die Aufnahme von Flüchtlingen die Länder und Kommunen vor große Herausforderungen stelle, die jedoch bewältigt werden könnten. Allerdings seien auch der Bund, die EU und die internationale Politik gefordert. „Es steht außer Frage“, so der Bremer Regierungschef, dass die Bundesländer dabei nicht alleine gelassen werden dürften.

Haseloff unterstützte die auch von Kanzlerin Angela Merkel geäußerte Einschätzung, dass die Aufgaben in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu schaffen seien. Die Bevölkerung aber dürfe „nicht überfordert werden“. Die „Integrationsfähigkeit“ müsse sichergestellt sein. Es gebe allen Grund, so der Ministerpräsident, stolz auf das Grundgesetz und das Asylrecht zu sein, und das, was Deutschland derzeit organisatorisch bewältige, sei „historisch einzigartig“. Allerdings sei die Aufnahme von Flüchtlingen „nicht unbegrenzt möglich“. Er appellierte an internationale Gremien: die Vereinten Nationen seien gefordert, „für ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien zu sorgen und damit die wichtigste Fluchtursache zu beseitigen“.

Carsten Sieling kritisierte politische Kommentare aus Bayern, wonach Asylbewerber an der Grenze gestoppt und zurück nach Österreich geschickt werden sollten: „Das überschreitet die Kompetenz eines Bundeslandes.“ Gefragt nach den finanziellen Folgen der Flüchtlingsaufnahme erklärte er, für eine solche Bewertung sei es „noch zu früh“.

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz wurde zudem der 19. Rundfunkänderungsvertrag beschlossen. Es ist das umfangreichste Regelwerk des Rundfunkrechts seit der Wiedervereinigung. Im Dezember wollen ihn die Länderchefs in Berlin unterzeichnen. Mit einer Zustimmung durch die Länderparlamente ist aller Voraussicht nach im Laufe des Frühjahrs zu rechnen. Dementsprechend könnte der Änderungsvertrag zum 1. Oktober 2016 in Kraft treten.

Das wäre auch der Startschuss für ein neues, webbasiertes Jugendangebot von ARD und ZDF. Das verkündete die Vorsitzende der Rundfunkkommission und rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin, Malu Dreyer, am Freitag im Rathaus. Außerdem sei im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz auch die „Fortentwicklung des Jugendmedienschutzes“ beschlossen worden. „Wir glauben, dass das der richtige Weg ist“, erklärte Dreyer. „Wir sind sehr froh über dieses Paket.“ Jens Böttger, Pressesprecher von Radio Bremen, kommentiert: „Es ist noch viel zu früh, um zu sagen, wie Radio Bremen sich an dem Jugendangebot beteiligen wird. Wir haben aber großes Interesse daran.“

Außerdem wurde im Kreise der Ministerpräsidenten nochmals über den zum Januar 2013 geänderten Rundfunkbeitrag gesprochen. Seither wird eine Haushaltsabgabe anstelle der früher geltenden Geräteabgabe gezahlt. Einhellig sei die Änderung als Erfolg gewertet worden, kommentierte die Vorsitzende der Rundfunkkommission. **Berichte Seite 9**

Y-Trasse: Forum für Alpha-Variante

Celle. Das Dialogforum zur Y-Bahntrasse hat mit großer Mehrheit die Umsetzung der Alpha-Variante empfohlen. Diese sieht den Ausbau bestehender Bahnstrecken von Hannover Richtung Hamburg und Bremen statt der jahrelang diskutierten Neubaustrecke vor. Gegen die Alpha-Variante als alleinige Lösung der Kapazitätsprobleme auf der Schiene im Norden stimmte am Freitag in Celle die Stadt Hamburg. Zweifel an der Alpha-Variante hatte zuvor ein Gutachter für das Bundesverkehrsministerium aufkommen lassen. Er bescheinigte der Variante zwar die geforderte Wirtschaftlichkeit. Sie sei aber ungeeignet, die von den Häfen Hamburg und Bremerhaven benötigte zusätzliche Kapazität für Güterzüge Richtung Süden zu schaffen, betonte er. Eine Abschlussempfehlung an den Bund, der am Ende über den Bahnausbau entscheidet, soll bis zum 5. November vorbereitet werden. **Bericht Seite 15**

Ex-Polizeichef unter Anklage

Oldenburg. Der ehemalige Wilhelmshavener Polizeichef Hans-Henning Dinkelage soll seinen Dienstwagen für Privatfahrten genutzt haben. Der Versuch, ihn deshalb vom Dienst zu suspendieren, ist in zwei Instanzen niedersächsischer Verwaltungsgerichte gescheitert. Nun hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Untreue gegen den ehemaligen Polizisten erhoben. Ob das Verfahren allerdings tatsächlich eröffnet wird oder am Ende gar zu einer Verurteilung führt, ist ungewiss. Denn schon in den Suspendierungsverfahren haben die Richter die äußerst dürftige Beweiserhebung moniert – kein gutes Zeugnis für die Ermittlungsarbeit. Experten zufolge ist sie nicht besser geworden. Sie halten es nicht für ausgeschlossen, dass die Richter des Oldenburger Landgerichts das Hauptverfahren gar nicht erst eröffnen. **Bericht Seite 16**

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag

13° 1° 10%

Erst wolzig, dann sonnig
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



RUBRIKEN

Beruf & Karriere S 1	Lesermeinung 5
Familienanzeigen 22, 28	Rätsel & Roman 17
Fernsehen 18	Veranstaltungsanzeigen 6
Immobilien & Wohnen 11	Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	



Alle 16 Jahre wieder



Moritz Döbler
über die Jahreskonferenz
der Ministerpräsidenten

So, das war's. Die Jahreskonferenz der Länder-Regierungschefs ist vorbei. Das nächste Mal ist Bremen in 16 Jahren dran. Viel erreicht hat der Gastgeber nicht. Bei den beiden wichtigsten Themen sind die Bundesländer einer Lösung kaum näher gekommen: weder beim Finanzausgleich noch bei den Flüchtlingen.

Das liegt vor allem an Horst Seehofer: Wenn Bayern nicht am Tisch sitzt, sind die Länder eigentlich nicht beschlussfähig. Und dass ausgerechnet das kleine Bremen einen Durchbruch anstoßen sollte, war ohnehin nicht zu erwarten. Gerade beim Flüchtlings-thema zeigt sich, wie wenig die Länder eigentlich bestimmen können.

So ist die Frage nicht so sehr, welche Beschlüsse gefasst wurden, sondern was Bremen von der Konferenz hatte. Etwas mehr als Spesen ist dann aber doch gewesen. Die Gäste haben eigene Eindrücke gewonnen, verbunden Bremen nicht mehr nur mit Schulen und schlechten Schulen, sondern mit Böttcherstraße und Rauffahrt, mit Geschichte und Zukunft. Das kann nicht schaden.

Bis Oktober 2016 folgen drei Ministerpräsidentenkonferenzen unter Vorsitz Bremens in Berlin. Carsten Sieling hat bis dahin eine Führungsrolle, die er für das Wohl Bremens nutzen kann und muss. Weder er noch seine Gäste werden im Amt sein, wenn sich die Länderchefs das nächste Mal in der Hansestadt treffen. Aber Bremen sollte in 16 Jahren besser dastehen als heute. **moritz.doebler@weser-kurier.de**

KOPF DES TAGES

Boris Mikhailov



Bilder von Obdachlosen aus Charkow haben den Fotokünstler Boris Mikhailov bekannt gemacht. An diesem Sonntagabend wird der 77-Jährige mit dem Kaiserring der Stadt Goslar – einem der renommiertesten Preise für moderne Kunst – ausgezeichnet. Er sei einer der wichtigsten Chronisten der sowjetischen und postso-wjetischen Gesellschaft, sagt die Jury.

ANZEIGE

BremerExistenzGründungsInitiative

B.E.G.IN-GRÜNDUNGSTAG

Erfolgreich starten
– und dranbleiben!

Eintritt frei!

15.10.2015
12:00 – 19:00 Uhr
Musical Theater Bremen

B.E.G.IN
Bremerhaven · Bremen · Bremen Nord

Besser selbstständig!
Eine Initiative des Senators für
Wirtschaft, Arbeit und Häfen
der Freien Hansestadt Bremen.

www.begin24.de